

# Extreme Rechte in Österreich

## Eine Einführung

**I**m internationalen Vergleich sticht Österreich seit Jahrzehnten durch die Stärke des parteiförmigen Rechtsextremismus hervor. Die außerparlamentarische extreme Rechte hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg teils in dessen Schatten, aber immer in enger, meist kritisch-solidarischer Auseinandersetzung mit diesem entwickelt. Ein Überblick über zentrale Akteure und Entwicklungslinien.

Jede Geschichte des österreichischen Rechtsextremismus nach 1945 hat mit dem Hinweis auf die Kontinuitäten zu beginnen, die aus der Zeit des Nationalsozialismus in die Nachkriegszeit und teilweise bis in die Gegenwart reichen: personelle Kontinuitäten ebenso wie ideologische. Gleichzeitig veränderte die Niederrichtung des NS-Regimes die Voraussetzungen für rechtsextreme Politik. Sie sah sich nun mit einer Art antinazistischem (wenn auch nicht antifaschistischem) Grundkonsens konfrontiert, der auf rechtlicher Ebene Ausdruck im sogenannten Verbotsgesetz fand. Dieses stellt (neo-)nationalsozialistische Betätigung, einschließlich der Leugnung, Gutheißung oder gröblichen Verharmlosung von NS-Verbrechen, unter Strafe. Neben dem Verbotsgesetz beschränken der Verhetzungsparagraph (§ 283) des Strafgesetzbuchs, das Abzeichen- und das Symbole-Gesetz sowie einzelne Artikel (v. a. 4, 7 und 9) des Staatsvertrages von 1955 die Propagandatätigkeit österreichischer Rechtsextremer. Eine grundsätzli-

che Verfassungsfeindlichkeit wird dem Rechtsextremismus (diesseits seiner neonazistischen Ausformung) in Österreich allerdings nicht attestiert. Weite Teile der rechtsextremen Aktivitäten hierzulande bewegen sich dementsprechend in legalem Rahmen.

### Wiederaufbau der Szene

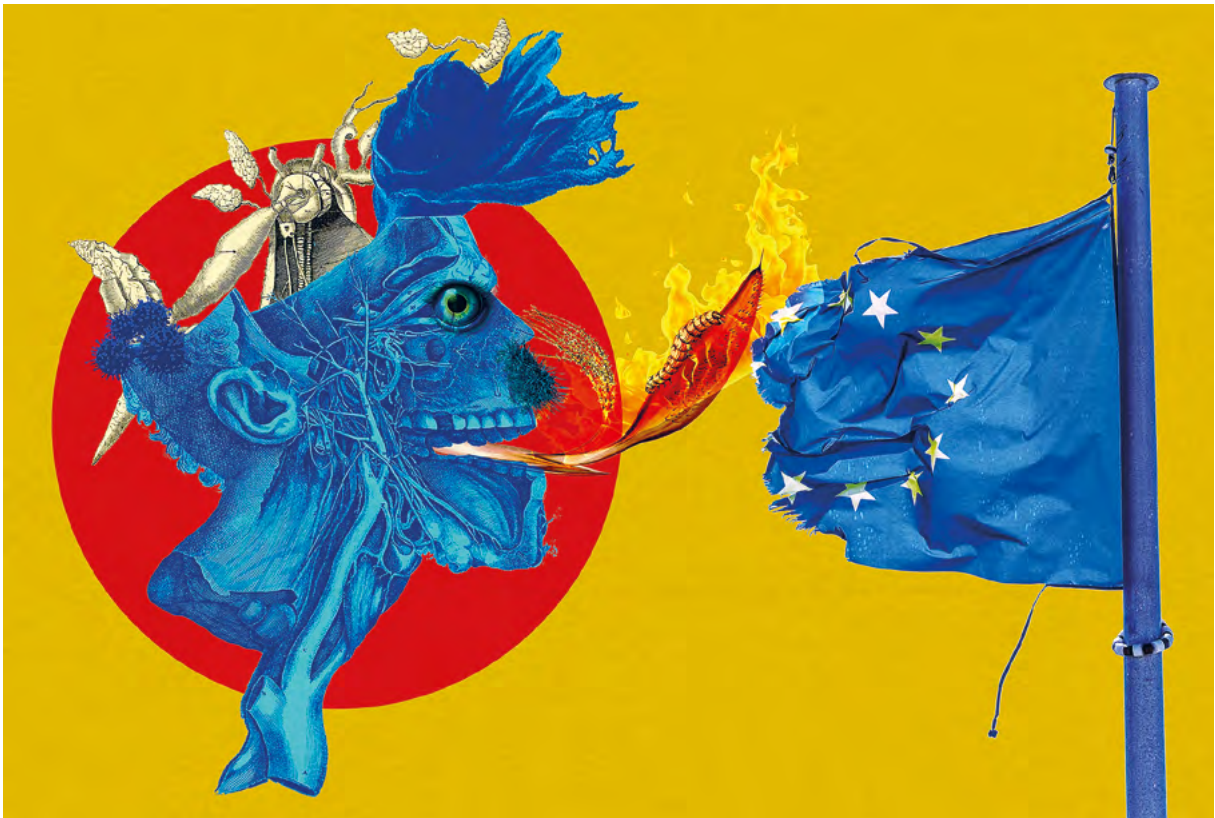
Diesen Umstand machten sich Rechtsextreme nach 1945 bald zunutze. Parallel zum nachlassenden „Entnazifizierungs“-Eifer konnten sich bereits ab Ende der 1940er Jahre wieder entsprechende Organisationen formieren, darunter Veteranenverbände und Neugründungen älterer Verbände des völkischen Spektrums. Während tatsächlich neonazistische Gruppierungen angesichts der neuen rechtlichen Lage meist bald behördlich aufgelöst wurden, konnten Organisationen mit weniger (eindeutig) positiver Bezugnahme auf den Nationalsozialismus nach 1945 teils eine gewisse Massenbasis erlangen, darunter etwa der *Österreichische*

*Turnerbund* (ÖTB) oder der *Kärntner Heimatdienst* (KHD).

Während diese beiden sich im Lauf der Jahrzehnte mäßigen sollten, blieben die völkischen Studentenverbindungen – und hier insbesondere die Burschenschaften – bis heute maßgebliche Player der extremen Rechten. Dieser Umstand verdankt sich weniger ihrer (überschaubaren) Mitgliederzahl als ihrer gleichzeitigen Kaderschmiede-Funktion für die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und für den außerparlamentarischen Rechtsextremismus.

### FPÖ: parlamentarischer Arm der extremen Rechten?

Die FPÖ kann als wichtigste Akteurin wenn nicht des, so jedenfalls für den österreichischen Rechtsextremismus nach 1945 bezeichnet werden. Zum einen weist sie weitreichende inhaltliche wie personelle Überschneidungen mit der außerparlamentarischen extremen Rechten



auf, zum anderen bezieht sich diese – mit Ausnahme des neonazistischen Spektrums – positiv bzw. kritisch-solidarisch auf sie. Die FPÖ ist es, die rechtsextremen Anliegen über Parlamente, eigene und fremde Medien Öffentlichkeit verschafft, die am rechten Rand geprägten Begriffe und Problembestimmungen salonfähig macht und mitunter die entsprechenden Forderungen in Regierungsverantwortung auch zur Umsetzung bringt. Andere rechtsextreme Parteiprojekte konnten sich neben dem freiheitlichen Monopolisten nie nachhaltig etablieren.

Gegründet 1956, repräsentiert die FPÖ das sogenannte Dritte Lager der österreichischen Politik – neben dem christlich-konservativen und dem sozialdemokratischen. Ideengeschichtlich speist dieses Lager sich zum einen aus der liberalen, zum anderen aus der deutsch-nationalistischen Tradition. Das liberale Erbe wurde allerdings in mehreren Schritten entsorgt: mit der Parteigründung selbst, die einen Rechtsruck gegenüber dem ideologisch diverseren Vorgängerprojekt (*Verband der Unabhängigen* / VdU) bedeutete; mit der Wahl Jörg Haider

zum Parteiohmann 1986; sowie mit den Abspaltungen des *Liberalen Forums* (1993) und des *Bündnisses Zukunft Österreich* (2005). Bis heute hält die Partei an dem Bekenntnis fest, dass „die überwiegende Mehrheit der Österreicher [...] Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ sei, wie es im geltenden Parteiprogramm heißt.

Die ersten 30 Jahre ihres Bestehens verharnte die FPÖ im Status einer Kleinpartei – bis Jörg Haider sie in lichte Höhen führte. Haider's Erfolgsrezept bestand in einer populistischen Kombination von Agitation gegen „die da oben“ (tatsächliche und vermeintliche Eliten) und „die anderen“ (Migrant\*innen und Geflüchtete). Unter ihm begann die Partei jene systematische Ethnisierung des Sozialen, d. h. die Rahmung aller möglichen Problemlagen als vermeintlich ethnische Konflikte, die ihr Handeln bis heute prägt. Dazu gesellte sich die Inszenierung als einzige Alternative zu einem angeblich monolithischen Block der politischen Konkurrenz – den sogenannten „Lizenz-“, „Block-“, „Alt-“ oder „Systemparteien“, die aktuell

unter Parteiohmann Herbert Kickl wieder besondere Betonung erfährt.

Im Kielwasser des freiheitlichen Aufstiegs trat die „Ausländerfrage“ ins Zentrum der politischen Debatte. Die bisherigen Großparteien antworteten darauf zunächst mit teilweiser Übernahme freiheitlicher Forderungen und schließlich – im Fall der ÖVP – auch mit offener Zusammenarbeit. In Ermangelung eines parteienübergreifenden Konsenses, mit der parteipolitischen Vertretung der extremen Rechten nicht zusammenzuarbeiten, war die FPÖ inzwischen viermal in Bundesregierungen vertreten, wo sie bislang an hausgemachten Skandalen und/oder den Widersprüchen zwischen populistischen Oppositionsansagen und Regierungspragmatismus zu scheitern pflegte.

### Auslaufmodell Neonazismus

Im Kontrast zur Stärke seiner parteiförmigen Erscheinungsform ist dem österreichischen Rechtsextremismus eine relative Schwäche auf der Straße (Demonstrationen, gewalttätige Übergriffe) zu attestieren.

Nur in seltenen Momenten gelang es rechtsextremen Kräften in der Zweiten Republik, eine vierstellige Zahl von Menschen für Demonstrationen zu mobilisieren. Bei aller Gewaltlatenz der rechtsextremen Sprache und Ideologie kam es – verglichen etwa mit Deutschland – auch nur selten zu politischen Morden oder terroristischen Aktivitäten. Als wichtigste Ausnahmen sind der Bombenterror der 1960er Jahre in Südtirol, in den zahlreiche Österreicher (insbesondere Burschenschafter) involviert waren, eine Serie von Bombenanschlägen auf als jüdisch markierte Ziele Anfang der 1980er Jahre sowie die Briefbombenserien der *Bajuwarischen Befreiungsarmee* (BBA) in den 1990er Jahren zu nennen. Die BBA bzw. der letztlich als vermeintlicher Einzeltäter aufgegriffene Franz Fuchs zeichnete auch für das Rohrbombenattentat von Oberwart 1995 verantwortlich, dem vier Roma zum Opfer fielen. Eine Sonderstellung in der Geschichte der Zweiten Republik nimmt das Kärntner Ortstafelpogrom von 1972 ein, insofern dieses zwar von völkischen Aufwallungen, nicht aber notwendig neonazistischer Gesinnung getragen war, von Massenorganisationen zumindest maßgeblich vorbereitet wurde und von nicht unbeträchtlichen Teilen der lokalen Bevölkerung ausgeführt und unterstützt wurde. Auch die Reaktion des Staates – offene Kapitulation vor dem völkischen Verfassungsbruch – ist als Besonderheit zu vermerken.

Als maßgebliche Beispiele neonazistischer Organisation nach 1945 sind Norbert Burgers *Nationaldemokratische Partei* (NDP) von 1967 bis zu ihrer behördlichen Auflösung 1988, die vor allem an und im Umfeld von Hochschulen aktive *Aktion Neue Rechte* (ANR) in den 1970er Jahren sowie die 1986 gegründete *Volkstreue außerparlamentarische Opposition* (VAPO) um Gottfried Küssel zu nennen. Die VAPO-Zeit um 1990 war auch die Hochzeit der in losem Zusammen-

hang agierenden „Kameradschaften“ und der Wehrsportübungen. Infolge behördlicher Repression existiert eine der deutschen vergleichbare Kameradschaftsszene in Österreich seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr. Nach der Jahrtausendwende machten Projekte wie der *Bund freier Jugend* (BfJ) oder die Website *alpen-donau.info* für einige Jahre von sich reden, bis auch sie zerschlagen wurden. Seither betätigen österreichische Neonazis sich vorrangig online (in Form anonymer Blogs und Telegram-Kanäle) und in subkulturellen Szenen wie dem Fußball-Hooliganismus, dem Kampfsport oder musikalischen Unternehmungen von Hardcore über Neofolk bis Techno.

---

### „Identitäre“ Modernisierung

---

Angesichts der offensichtlichen Nicht-Nachhaltigkeit neonazistischer Organisation setzt der außerparlamentarische Rechtsextremismus in Österreich seit den 2010er Jahren verstärkt auf sogenannte „neurechte“ Ansätze. Maßgeblichstes Beispiel hierfür ist die *Identitäre Bewegung Österreich* (IBÖ). Durch rhetorische und stilistische Modernisierung alter Forderungen, aktionistische Interventionen nach Vorbild linker Bewegungen und NGOs und der systematischen Bespielung sozialer und traditioneller Medien erlangte diese Gruppierung schnell Bekanntheit. Nachdem bekannt geworden war, dass gleich mehrere Rechtsterroristen – darunter der Massenmörder von Christchurch, Neuseeland 2019 – vor Verübung ihrer Taten an die österreichischen *Identitären* gespendet hatten, geriet die Marke zunehmend in Verruf. Behördliche Repressalien (Hausdurchsuchungen, Anklagen) taten ein Übriges. Selbst die FPÖ ging, solange sie sich in Regierungsverantwortung befand, auf Distanz.

Von *identitärer* Seite reagierte man mit dem Versuch, sich unter neuen Labels (*Die Österreicher, Aktives*

*Wien, Widerstand in Bewegung* etc.) zu re-etablieren. Parallel dazu baute man physische Zentren in der Steiermark („Kulturfestung“ in Eichkögl), Oberösterreich („Castell Aurora“ in Steyregg) und Wien (ein Kellerlokal im fünften Gemeindebezirk Margareten) auf. In jüngster Vergangenheit gelang es – nicht zuletzt dank der freiheitlichen Absage an die „Distanziererei“ unter Kickl und Generalsekretär Michael Schnedlitz –, die zwischenzeitig zurückgegangene mediale Aufmerksamkeit zurückzugewinnen. *Identitären*-Gesicht Martin Sellner befindet sich Anfang 2024 wohl am bisherigen Höhepunkt seiner Prominenz über die Landesgrenzen hinweg und stößt mit seinen Botschaften auch auf der Führungsebene von FPÖ und *Alternative für Deutschland* (AfD) auf offene Ohren.

---

### Publizistische Erfolge

---

Flankiert wird die Betätigung rechtsextremer Organisationen seit jeher durch die Tätigkeit entsprechender publizistischer Organe. Hier haben sich in den letzten fünfzehn Jahren wesentliche Umbrüche ergeben. Traditionsreiche Titel wie *Die Aula* oder *Kommentare zum Zeitgeschehen* wurden eingestellt, andere (wie *Der Eckart*) einem Relaunch unterzogen. Bei den heute maßgeblichsten Playern handelt es sich um jüngere Gründungen wie *Info-Direkt* (2015) oder *Freilich* (2018), die nicht nur in Printform erscheinen, sondern auch und vor allem online agieren und damit jedenfalls phasenweise über die traditionelle Leserschaft rechtsextremer Zeitschriften hinaus Aufmerksamkeit zu generieren vermochten. Dies gilt insbesondere für die Hochzeit der Corona-Pandemie, die mit *AUF1* zudem ein neues Desinformationsprojekt hervorbrachte, das inzwischen auch das Satellitenfernsehen bespielt. Der Startschuss für die Online-Offensive war 2009 erschallt: Unter der Ägide des damaligen Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf nahm in diesem Jahr *unzensuriert.at* seine Arbeit auf.



Heute ist es nur eines von mehreren formal überparteilichen Medien, die konsequent im Sinne der FPÖ berichten – und damit einen integralen Bestandteil der freiheitlichen Medienstrategie darstellen.

### Allochthoner Rechtsextremismus

Mit der ethnischen Diversifizierung der österreichischen Bevölkerung hielten in den letzten Jahrzehnten verstärkt auch migran- tische Rechtsextremismen Einzug. Unter ihnen stechen in Organisierungsgrad und Mobilisierungsstärke insbesondere die türkisch-faschistischen *Grauen Wölfe*, organisiert v. a. in der *Avusturya Türk Federasyonu* (ATF), hervor. Während die vereinsförmigen Strukturen sich in Sachen politischer Betätigung in öffentlichem Rahmen Zurückhaltung

auferlegen, kommt es immer wieder zu teilweise spontanen Mobilisierungen unorganisierter türkisch-nationalistischer Kräfte, insbesondere mit antikurdischer Stoßrichtung. Einige Aufmerksamkeit generierten etwa die mehrtägigen Auseinandersetzungen mit kurdischen, feministischen und antifaschistischen Gruppen in Wien-Favoriten vom Juni 2020.

Ansätze einer Organisierung in der Diaspora zeigen oder zeigten u. a. auch kroatische, polnische und ungarische Rechtsextreme. Das jährliche Treffen von Nostalgiker\*innen der kroatischen *Ustaša* in Bleiburg (Kärnten, slowenisch: Pliberk) Mitte Mai stellte vorübergehend (und nach dem Ende der ebenfalls in Kärnten jährlich abgehaltenen Ulrichsbergfeier) die größte regelmäßige Massenveranstaltung rechtsextremen Charakters in Österreich dar. Die

Corona-Pandemie bereitete ihr schließlich, im Verein mit zunehmendem politischen Druck, ein Ende.

### Inhaltliche Evolution und soziale Agenden

In der rechtsextremen Themensetzung sind langjährige Kernanliegen wie die Verteidigung des „deutschen Charakters“ Österreichs oder die Südtirolfrage zunehmend in den Hintergrund getreten. Seit den 1980er Jahren avancierte das Pochen auf die Vorrechte der „angestammten“ Bevölkerung (Nativismus) und deren Verteidigung gegen eine vermeintliche „Überfremdung“ zur *Causa prima*. Während die Wir-Gruppe dabei von traditionalistischen Segmenten der extremen Rechten weiterhin als „deutsch“ bestimmt wird, ist ein ostentativer Österreich-Nationalismus inzwischen in den Vordergrund

gerückt. In der Feindbestimmung wurde die allgemeine Ablehnung von „Ausländern“ durch einen speziellen Fokus auf Asylwerber\*innen und Muslim\*innen ergänzt. Geopolitisch hat der traditionelle Antiamerikanismus überdauert. Daneben ist seit etwa 15 Jahren eine verstärkte Hinwendung zum autoritär geführten Russland Vladimir Putins zu beobachten. Mit Putin verbindet die extreme Rechte unter anderem die entschiedene Gegnerschaft zur EU, den USA und liberalen („westlichen“) Werten.

In sozialpolitischer Hinsicht verfiel die FPÖ unter dem Schlagwort „soziale Heimatpartei“ stellvertretend für den rechten Rand die Vorrangstellung der „echten“ Österreicher\*innen. Wie schon der historische Faschismus hat auch der heutige Rechtsextremismus sozialchauvinistischen Zuschnitts allen sozialen Schichten etwas anzubieten, indem er – ökonomische Absicherung und soziale Anerkennung verheißend – eine klassenübergreifende Solidargemeinschaft des Volkes beschwört. Die dabei versprochenen sozialen Segnungen sollen auf Kosten jener gehen, die nicht zum nationalen Kollektiv gehören und auch sozialpolitisch entsprechend (als Nichtzugehörige) behandelt werden sollen. Insofern die liberale Tradition des Dritten Lagers als Wirtschaftsliberalismus mit sozialdarwinistischer Stoßrichtung überdauert hat, soll daneben auch der „einheimischen“ Bevölkerung Leistung und Selbststop-

timierung abverlangt werden. Da dies dem Ziel der Stimmenmaximierung entgegensteht, werden entsprechende Einschnitte ins Sozialsystem mit Geltung für alle bevorzugt als Durchgreifen gegen die vermeintliche „Sozialschmarotzerei“ migrantischer Gruppen gerahmt.

### Extreme Rechte in Zeiten der Pandemie

In jüngster Vergangenheit hat die extreme Rechte zunächst im Zuge der Fluchtbewegungen 2015/2016 sowie ab 2020 durch die Corona-Pandemie für sie günstige Themen- und emotionale Großwetterlagen vorgefunden. In beiden Fällen übersetzte sich dies in verstärkte, teilweise recht erfolgreiche Mobilisierungen auf der Straße, hektischen Online-Aktivismus und eine Hochkonjunktur von Verschwörungsphantasien. Bevorzugt werden dabei „Globalisten“ – oft nicht näher benannte, mehr oder weniger offen als jüdisch konnotierte globale Wirtschafts- und Machteliten – als Drahtzieher hinter bedrohlich empfundenen Entwicklungen ausgemacht. Im Zuge der Pandemie wurde insbesondere die Idee eines „Great Reset“ verstärkt in den Mittelpunkt gerückt – und in der rechtsextremen Rezeption monströs aufgeblasen. Aus einem Reformprojekt für einen zukunftsfähigen Kapitalismus wurde so ein totalitärer Plan zur Enteignung und Versklavung der freien Menschheit und zur Abschaffung der Völker. So bleibt der Rechtsextremismus als Gegenstand

im Fluss – und dabei doch seinen inhaltlichen Grundtendenzen treu.

### Im Vorhof der Macht

Aktuell herrscht an Österreichs rechtem Rand Frühlingsstimmung: Man erwartet spektakuläre Erfolge bei den anstehenden Wahlen und zeigt sich zuversichtlich, dass diese, anders als zuvor, auch in einen nachhaltigen politischen Wandel umgemünzt werden können. Neben guten Umfragewerten speist diese Hoffnung sich vor allem aus dem aktuellen Kurs der FPÖ, die sich unter Herbert Kickl nicht länger von Gruppen wie den *Identitären* distanziert, diese vielmehr öffentlich in Schutz nimmt, ihre Begriffe und Erzählungen in den öffentlichen Diskurs einbringt und rechte bis rechtsextreme „Alternativmedien“ nach Kräften fördert. Die zumindest rhetorische Mäßigung, die frühere Parteichefs als Vorleistung für einen Regierungseintritt an den Tag legten, wird von Kickl demonstrativ verweigert. So ruht auf ihm die Hoffnung der österreichischen extremen Rechten, ihrem Kernanliegen nachhaltig zum Durchbruch zu verhelfen: Österreich „wieder“ ethnisch homogen zu machen.

Bernhard Weidinger ist Rechtsextremismusforscher am *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) in Wien und Mitglied der *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (FIPU). Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die aktualisierte Version eines Artikels, der 2021 in *SIÖ – Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich* erschien.



SHIFT

WWW.SHIFT.WIEN  
Das Förderprogramm der Stadt Wien  
für die freie Kunst- und Kulturszene

**OPEN CALL**  
Jetzt Projekt einreichen bis  
**So 30. Juni 2024**

Foto: Thomas Gobauer